

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzelle oder deren Raum 40 Pfg. Kellern
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 90.

Donnerstag den 5. August 1920.

20. Jahrgang.

Die letzte Abstimmung.

Überschleichen vor der Entscheidung.

Der Friedensvertrag von Versailles hat große Teile des deutschen Vaterlandes mit alter deutscher Bevölkerung von der Heimat losgerissen und für andere ebenfalls weite deutsche Landstriche die Verpflichtung zur Abstimmung der Bevölkerung über ihre endgültige Landesangehörigkeit vorgeschrieben. Daß diese zweite Form nur eine verschleierte Annexion bedeute, mit der unsere Feinde die rücksichtslose Zerteilung ihrer Beute zu bemänteln hofften, war von vornherein klar. Ebenso klar war es aber auch für die deutschen Landsleute in den bedrohten Gebieten, daß dieser Schachzug vereitelt werden müßte und würde. Das Abstimmungsergebnis sowohl in Schleswig als auch jetzt im Osten hat mit elementarer Wucht Zeugnis abgelegt von alter deutscher Treue unserer Grenzlande, von der unwandelbaren festen Anhänglichkeit ihrer Bevölkerung zur angestammten Heimat. Wenn wir an diesem Ergebnis auch niemals zweifeln konnten, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß es unseren Betreuer wahrlich nicht leicht mit ihrem Bekenntnis gemacht worden ist. Wir wissen alle, welche gewaltigen Anstrengungen von der Gegenseite gemacht worden sind, mit Geld und allen möglichen Schikanen, wie sie einem rücksichtslosen Gewalthaber zu Gebote stehen, die Stimmabgabe zu stören und müssen daher unserer Freude über das Ergebnis doppelt begeisterten Ausdruck verleihen.

Noch steht in einem letzten großen Teil des Vaterlandes — in Oberschlesien — die Abstimmung bevor und mit Spannung sind aller Augen auf diesen besonders bedrohten, weil vor allem wichtigen und wertvollen Teil unseres Landes gerichtet. Hier soll es unseren Landsleuten ganz besonders schwer gemacht werden und es wird auf den letzten Mann ankommen.

Wir wissen, daß von den Unseren keiner fehlen wird, wenn es darauf ankommt, und hoffen zuversichtlich, daß auch in Oberschlesien das deutsche Banner siegen wird!

Simons über Bolschewismus.

„Die deutsche Natur ist nicht bolschewistisch.“

Ueber das Wesen der bolschewistischen Bewegung und die Notwendigkeit einer strikten Neutralität Deutschlands im russisch-polnischen Kriege schreibt Reichsminister Dr. Simons in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ u. a.:

„Würde sich die deutsche Jugend dazu verfahren lassen, die letzte Kraft des neuen Deutschlands in den Kampf gegen den Bolschewismus zu werfen, so würde sie zu spät erkennen, daß sie für die Milliardenforderungen der Gläubiger Englands geblutet hat.“

Die deutsche Natur ist nicht bolschewistisch; nur der Krankheitszustand, in den Krieg und Blodade unsere Bevölkerung versetzt haben, öffnete den kommunistischen Ideen einen so breiten Eingang in den Volksorganismus.

Jeder Versuch, uns mit Feuer und Schwert von der Wichtigkeit bolschewistischer Ideen zu überzeugen, würde eine geschlossene Gegnerschaft finden. Wir haben weder für den Kreuzzug Westeuropas gegen den Bolschewismus, noch für den heiligen Krieg des Bolschewismus gegen Westeuropa etwas übrig.

Die deutsche Politik wird ehrlich neutral bleiben, und wer sie daran hindert, der wird das deutsche Volk und wer sie daran hindert, der wird das deutsche Volk zu geschlossener Abwehr bereit finden. Wenn auch die zu geschlossener Abwehr durch den Frieden von Versailles zerklüftet sind, so ist es doch selbst für die heutigen Gewalttäter gefährlich, den einheitlichen Willen eines großen Volkes zu mißachten.“

Durch diese neuen Neuierungen des Außenministers erhält das Bild, das Dr. Simons vor kurzem im Reichstag über den Bolschewismus entworfen hat, eine wertvolle Ergänzung. Deutschland will und muß neutral bleiben. Es darf sich nicht zum Kriegsschauplatz zweier Welten machen lassen. Nachdem es während fünf Kriegsjahren bis auf wenige Gebietsstücke von den Schrecken des Krieges völlig verschont blieb, darf es jetzt nicht neue Gefahren heraufbeschwören, indem es sich von der Entente im Kampfe gegen den Bolschewismus ins Schlepptau nehmen läßt.

Der Bolschewismus wird auch ohnedies seine natürlichen Grenzen finden. An den deutschen Grenzländern bricht sich seine Macht, denn das deutsche Volk ist seiner überlegenen Mehrheit voll nichts von seinen Feinden wissen, die deutsche Natur ist eben nicht bolschewistisch, wie Dr. Simons sehr richtig ausführt. Und diejenigen Dr. Simons, bei denen die kommunistischen Ideen vorübergehend Eingang gefunden haben, werden sich eines Besseren besinnen, sobald erst die Ernährungsfrage sich bessert und damit wieder Ruhe und Ordnung ins deutsche Land einkehrt.

Die Truppentransporte durch Deutschland.

Erklärung Simons im Reichstag.

In weiten Kreisen besteht der Eindruck, daß die Entente entgegen unserer Neutralitätserklärung Waffen- und Munitionstransporte nach Polen durch Deutschland schicken wolle. Tatsächlich sollen auf den ober-schlesischen Bahnen unausgesetzt Güte mit vierachsigen englischen und amerikanischen Waggonen einströmen, die sofort nach Polen weitergeleitet werden. Die Wagen enthalten zum Teil Munition, zum Teil Verbandszeug. In der Bevölkerung herrscht über diese Verletzung der deutschen Neutralität große Erregung. Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben grundsätzlich jede Beförderung von Truppen- und Munitionstransporten abgelehnt, die angeblich Gefangenentransporte darstellen sollen, in Wirklichkeit aber zur Unterstützung einer kriegsführenden Macht Verwendung finden. Es werden überall Überwachungsstellen gebildet, die alles rollende Wagenmaterial zu kontrollieren haben. Sämtliche sozialistischen Parteien in Sachsen fordern ihre Mitglieder auf, an der Verhinderung solcher Transporte mitzuwirken.

Reichsminister Dr. Simons benutzte die zweite Lesung des Motets, um den Transportarbeitern für die Energie zu danken, mit der sie die deutsche Neutralität zu wahren bemüht sind. Die Transportarbeiter könnten überzeugt sein, daß das Auswärtige Amt jeden Versuch, die ehrliche deutsche Neutralität zu verletzen, mit aller Energie zurückweist. Er bitte sie aber, die nötige Besonnenheit zu bewahren, denn wir haben noch gewisse Verpflichtungen gegenüber der Entente auf Ersatz und Ergänzung ihrer Truppen im Abstimmungsgebiet. Wir können aber nicht zulassen, daß die Truppen aus den Abstimmungsgebieten gegen die Russen verwendet und daß als Ersatz für sie andere Truppen durch Deutschland in die Abstimmungsgebiete transportiert werden. Die abgelassenen Truppen müssen nach England oder nach Frankreich oder in ein anderes Land der Alliierten zurückgebracht werden. Er halte es für erforderlich, daß wir diese Dinge genau beobachten und uns darüber Bericht erstatten lassen.

Die tschecho-polnischen Transporte beenden. Die Transporte der tschecho-polnischen Truppen von Kurland nach Bodenbach sind nunmehr beendet. Die weiteren Transporte werden über Triest geleitet und daher Deutschland nicht mehr berühren.

Der Putsch in Zittau.

Die Einsetzung einer Räteregierung beschlossen.

In Zittau ist die Spannung aufs höchste gestiegen. In einer Versammlung der Unabhängigen und Kommunisten, zu der etwa 6000 Personen erschienen waren, wurde die Einsetzung einer Räteregierung beschlossen. Die gegenwärtige sächsische Regierung soll sofort abdanken. Es soll unter Ausschließung aller bürgerlichen Parteien eine neue Regierung gebildet werden und die Diktatur des Proletariats proklamiert werden. Ferner wird die Auflösung der Polizei- und Reichswehrformationen sowie die Entwaffnung der Sicherheitswehr gefordert. Der Generallstreik soll so lange weiter geführt werden, bis die Forderungen erfüllt sind. Sollte keine oder eine ablehnende Antwort eintreffen, dann soll der Generallstreik auch auf die lebenswichtigen Betriebe ausgedehnt werden, also auch auf das Wasserwerk und das Gaswerk. Das Elektrizitätswerk ruht schon seit einigen Tagen.

Die Stadt war auch am Montag ohne Licht und Kraft, die Zeitungen erscheinen nicht. Von der Terroristen wird überall in Zittau zum Generallstreik und zur Schließung der Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, aufgefordert. Sendboten der Zittauer Kommunisten und Unabhängigen sind in sämtlichen größeren Orten der Oberlausitz tätig, um auch dort den Generallstreik herbeizuführen. Die Terroristen haben es abgelehnt, drei Vertreter zur Verhandlung mit der Regierung nach Dresden zu senden.

Regierungsausruf an die Bevölkerung.

Die sächsische Regierung hat mittels Flugzeuges in der Oberlausitz Flugblätter abwerfen lassen. Die Regierung fordert die Bevölkerung auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, die gesetzlichen Behörden bei den bereits eingeleiteten Schritten zu unterstützen und der Landespolizei und der Reichswehr mit Vertrauen zu begegnen. Die vollständige Gewalt befindet sich nicht in den Händen des Militärs,

sondern sei von der Regierung einem Zivilkommissar übertragen worden. Der Ausruf ist von sämtlichen sächsischen Ministern unterzeichnet.

Zittau von allem Verkehr abgeschnitten.

Nach einer neuen Meldung aus Zittau ruht der Eisenbahnverkehr vollkommen. Eisenbahnangestellte bewachen den Bahnhof und die Bahnanlagen. Der Personen- und Güterverkehr ist sowohl von Dresden als auch von Zittau und Görlitz gänzlich eingestellt. Zittau ist von allem Verkehr abgeschnitten, nur Lebensmittel dürfen herangebracht werden. Auch der Wagenverkehr wird auf der Landstraße kontrolliert und nur Lebensmitteltransporte dürfen in die Stadt hinein.

Der Oberbürgermeister von Zittau ist aus Dresden nach Zittau zurückgekehrt. Die Fortschritte der Reichswehr, die von der Bürgerwehr mit großer Sehnsucht erwartet wird, sind im Anmarsch. Die großen Ueberlandzentralen liegen weiter still, so daß außer Zittau ein großer Teil der Lausitz und der Ostpfalz von Sachsen ohne elektrisches Licht und ohne Kraft bleiben. Hunderte von Fabriken sind dadurch zum Stillstand gezwungen.

Die Schuldresolution von Genf.

Einspruch der deutschen Reichstagsfraktionen.

Vor Beginn des zweiten internationalen Sozialistenkongresses in Genf hieß es, daß die französischen Teilnehmer die Schuld Deutschlands am Kriege durch Vorlegung einer Resolution festlegen wollten, und nun wird berichtet, daß tatsächlich eine Resolution vorgelegt worden ist, in der es heißt, daß das Kaiserliche Deutschland durch die gewalttätige Annexion Elsaß-Lothringens den Weltfrieden auf das schwerste erschüttert und das kaiserliche Deutschland ein neues Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen habe, als es im Jahre 1914 die Neutralität Belgiens verletzte. Das republikanische Deutschland fühle sich verpflichtet, zur Wiedergutmachung der Folgen dieses Angriffs alles beizutragen.

Nach dem „Vorwärts“ hat der Wortlaut dieser Resolution bei der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages Befremden erregt, und die Fraktion hat telegraphisch ihre Vertreter in Genf dahin verständigt, daß nach ihrer Ansicht die Annahme einer solchen Schuldresolution unmöglich sei. Sie beruft sich dabei auf die Tatsache, daß die internationalen Archive noch nicht geöffnet sind und daß sich daher die Kriegsschuld dokumentarisch überhaupt nicht nachweisen läßt.

Die abgeänderte Kriegsschuldformel.

Nach dem Eintreffen Scheidemanns und Kautskys fand eine neue Kommissionsberatung zur endgültigen Festlegung des Wortlautes der Schuldresolution statt. Die erste Entschließung wurde als Entwurf angenommen, erfuhr aber in den drei Punkten bedeutende Veränderungen. Zunächst ist in der Einleitung die Selbstandage, daß die Sozialdemokratie den Militarismus „nicht frühzeitig und nicht energig genug“ bekämpft habe, ausgemerzt worden. Dafür sind freilich an zwei anderen Stellen Veränderungen vorgenommen worden, die die deutsche Delegation selbst nicht als einen Erfolg buchen dürfte. In der Erklärung des deutschen Vertreters in der Kommission heißt es jetzt nicht mehr „für die deutsche Sozialdemokratie gibt es keine Elsaß-Lothringische Frage mehr“, sondern „für Deutschland gibt es keine Elsaß-Lothringische Frage mehr“. Das ist eine Erweiterung die man in Deutschland kaum gleichgültig aufnehmen wird. Weiter ist zu dem Absatz über die Verletzung der Neutralität Belgiens noch ein Satz hinzugefügt worden, der die völkerrechtswidrige Verschleppung der Bewohner der besetzten Gebiete erwähnt. Die Entschließung erkennt ferner die Wiedergutmachungspflicht Deutschlands an und wiederholt das Bekenntnis, das schon in der Denkschrift der sozialistischen Abordnung niedergelegt war, daß die sozialdemokratische Partei unfähig war, durch Ausbruch einer Revolution den Krieg zu verhindern.

Diese Entschließung hat der Kongress einstimmig — also auch mit Zustimmung der deutschen Delegierten Scheidemann und Bernstein — angenommen. Um den Deutschen die Annahme dieser entwürdigenden Entschließung leichter zu machen, stimmte der Kongress sodann einer Resolution zu, in der einige Mängel und Fehler des Versailler Vertrages und des Völkerbundes gekennzeichnet und bekämpft werden.

Mit der Aufstellung dieser Entschließung haben die deutschen Sozialisten dem deutschen Volk wahrhaftig einen schlechten Dienst erwiesen. Die Zustimmung der deutschen Vertreter zu einer Resolution, in der die Kriegsschuld einseitig Deutschland zur Last gelegt wird, dürfte für die Gegner Deutschlands für alle Zeiten eine Waffe sein, mit der sie auch die maßlosesten Forderungen vor dem Gewissen der Menschheit rechtfertigen können.

fertigen können. Es kann gar nicht Wert genug darauf gelegt werden, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege nicht anerkennt, und es müßte sogar von deutscher Seite alles Mögliche getan werden, um den Beweis zu liefern, daß auf gegnerischer Seite, besonders auf derjenigen Frankreichs, vielleicht sogar der größere Teil der Schuld liegt. Dazu braucht man nicht auf die Öffnung der feindlichen Archive zu warten, sondern es dürften genügend Dokumente in der Welt zerstreut sein, die vielleicht beweiskräftiger sind als das, was man für gut befunden hat, in den feindlichen Archiven aufzubewahren.

Der russische Vormarsch.

Die Sowjettruppen 120 Kilometer vor Warschau.

Nach einer englischen Meldung sind die Russen nur noch drei Tagesmärsche von der polnischen Hauptstadt entfernt. 8000 bolschewistische Reiter stehen an einem Punkte halbwegs zwischen Grodno und Warschau. Die Rote Armee ist demnach etwa 120 Kilometer von Warschau entfernt und hat bereits die Narewlinie südlich von der Bahn Bielostok-Warschau überschritten.

An der Nordfront bei Lomza hat sich der Widerstand der Polen verstärkt. Eine Reihe von Freiwilligenverbänden, die zum Teil von französischen Instruktionsoffizieren geführt werden, ist an die Narewlinie gebracht worden. Auch die Sowjettruppen sammeln sich an dieser Linie. Es wird jedenfalls von ihnen versucht werden, die weit zurückgebliebene Artillerie möglichst schnell heranzuziehen und einen Frontangriff durchzuführen. Auch müssen die Polen mit der Möglichkeit eines Flankenangriffs rechnen. Die bolschewistische Mittelarmee ist in ständigem Vordringen. Unmittelbar vor den Toren Brest-Litowsk haben sich heftige Kämpfe entwickelt. Nach einer Privatmeldung sind die Bolschewisten bereits in die Festung eingedrungen.

Vor dem Einmarsch in den polnischen Korridor.

Bei der geringen Stärke der längs der ostpreussischen Grenze aufgestellten polnischen Grenztruppen und dem unauffhaltsamen Vormarsch der russischen Aufklärungsschwadronen ist damit zu rechnen, daß die Russen bald in den südöstlichsten Teil des polnischen Korridors eindringen werden. Aus Aussagen russischer Offiziere geht hervor, daß das Ziel von Sowjetrußland u. a. sei, die alte russische Grenze wieder herzustellen und die Polen aus dem Korridor zu vertreiben. In Bismarcken wartet die Bevölkerung, die eingesehen hat, daß ihr nur durch den russischen Einmarsch Hilfe gegen die polnischen Uebergriffe geleistet werden könne, auf die Russen.

Der Schutz der Ostgrenze.

Westlich von Friedrichshof im Kreise Ortelsburg befinden sich keine polnischen Grenztruppen mehr. Die Entente truppen sind bei Allenstein zusammengezogen. Die Grenze wurde dadurch völlig schutlos. Die Reichsregierung hat infolgedessen den Reichskommissar des Bezirks Allenstein die Erlaubnis erteilt, wenn dringende Umstände es möglich machen, Truppen der Reichswehr an die Grenze zu senden, unter Vorbehalt der späteren Entscheidung der Alliierten. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris hat der Friedenskonferenz eine deutsche Note in dieser Angelegenheit überreicht. Der „Temps“ nennt die Entsendung deutscher Truppen, die vielleicht Kontakt mit den russischen Bolschewisten nehmen könnten, ein Ereignis, dessen Ernst in die Augen springe.

Polnischer Heeresbericht.

Der polnische Frontbericht vom 2. August lautet: Südlich von Ostrolenka bis zur deutschen Grenze keine Veränderung. In der Gegend von Lomza sind die Angriffe des Feindes schwächer geworden. Unsere Abteilungen der freiwilligen und regulären Armee greifen hier an. Vom Narew bis zum Bug sind unsere Abteilungen in steter Fühlung mit dem Feinde.

Am Bug sind Kämpfe in der Gegend von Mielnin im Gange. Bei Brest hat der Feind ansehnliche Kräfte aller Waffengattungen konzentriert und will wahrscheinlich mit aller Gewalt in den Besitz der

Festung gelangen. Südlich von Brest setzen ernsthaften Kampfhandlungen.

Bei Brody (Galizien) sind Kämpfe im Gange, bei denen auf beiden Seiten größere Truppenverbände herangezogen werden. Die Kampfhandlungen verlaufen dort für uns günstig. Am Sereth nehmen die Kämpfe allmählich an Heftigkeit zu. Wir konnten zahlreiche bolschewistische Kräfte feststellen.

Die Russen vor Lemberg.

Der russische Heeresbericht vom 1. August sagt: Im Abschnitt Lomza Kämpfe um die Narew-Übergänge. Westlich von Lomza erzwangen wir den Uebergang über diesen Fluß. Westlich von Biełst erreicht unsere Truppen die Linie des Flusses Narew und überschritten ihn. Im Süden kämpft unsere Kavallerie westlich Brody in der Gegend nördlich Buzł (40 Kilometer nordöstlich von Lemberg).

Die „Times“ meldet aus Warschau, daß französische Offiziere helfen, Lemberg in Verteidigungszustand zu setzen.

Die Entente-Hilfe für Polen.

Aus Paris wird gemeldet: In Danzig geht die Ausladung von Munition und Kriegsmaterial durch Franzosen und Engländer ohne Zwischenfall vor sich. Der Weitertransport nach der polnischen Front habe begonnen.

Lomza von den Bolschewisten genommen.

Die polnischen Streitkräfte, unterstützt von den ersten Freiwilligenverbänden, leisteten an der Narewlinie verzweifelter Widerstand und versuchten die Sumpfgegend an der Pisa und am Narew um jeden Preis zu halten. Es gelang ihnen auch, mehrere Angriffe der Bolschewisten blutig abzuschlagen. Schließlich aber konnten die Sowjettruppen den Uebergang über den Narew westlich der Festung Lomza erzwingen. Damit war das Schicksal Lomzas besiegelt. Die Offensive wird energisch fortgesetzt.

Die Munitionstransporte.

Deutscherseits wird der Friedenskonferenz in Paris eine Note überreicht werden, in der das Ersuchen an die Mächte gerichtet wird, Munitions- und Abfuhrtransporte für die alliierten Truppen in den Abstinenzgebieten rechtzeitig anzumelden, damit die Regierung in die Lage versetzt wird, unliebsame Zwischenfälle von der Art hintanzuhalten, wie sie jetzt in Erfurt und anderen Orten vorgekommen sind.

Politische Rundschau.

— Berlin, 3. August 1920.

— Reichspräsident Ebert sagte seinen Besuch zur bevorstehenden Weise in Weizsäcker zu.

— In dem bühnlichen Konflikt im November soll das Deutsche Reich zwei neue tragische Hauptrollen, den Götterboten Dr. Gaultier von München und den Erzbischof Dr. Schulte von Köln, erhalten.

— Für den Posten des Reichskommissars für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung in der Unterstaatssekretär im Reichsministerium für Ernährung, Dr. Peters in Aussicht genommen, ein erfahrener Verwaltungsbeamter, dem die erforderliche Energie nachgerühmt wird.

— In einer Konferenz von Vertretern der Landwirtschaft und der größeren Städten der Provinz Schlesien stellte Oberpräsident Kurbis die endgültige Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh bis spätestens 1. September d. J. in Aussicht.

— Die wegen der Verhaftung Dortens durch die internationalisierte Rheinlandkommission verfügten Amtsenthebungen wurden rückgängig gemacht, weil die Wiesbadener Polizei- und Regierungsstellen von dem Vorgehen gegen Dorten tatsächlich keine Kenntnis hatten.

— Bei den kürzlich stattgefundenen Betriebsneuwahlen der Oberschlesischen Stahlwerke in Chorzow erlitten die Polen eine empfindliche Niederlage. Von 1880 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die Deutschen 1723, auf die Polen 157 Stimmen.

— Eine Schuldentlast von 288 Milliarden hat das deutsche Volk zu tragen, und dazu kommen noch 39 Milliarden für den Erwerb der Eisenbahnen. Unsere finanzielle Lage ist so ernst, daß der Reichsfinanzminister, wie er bei der Beratung des Notetats am Montag im Reichstag erklärte, von der Sorge bewegt wird, wie Lanac überhaupt noch die Rechnungen

wegzittern bezahlt werden kann. Der Reichstag hat weiter die Ungewissheit über die Größe der aus dem Friedensvertrag erwachsenden Zahlungsbeträgen, über die erst in Genf entschieden werden soll. Wenn die Alliierten dort kein Verständnis für unsere trostlose finanzielle Lage zeigen, dann ist der wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch Deutschlands nicht mehr aufzuhalten.

— Freigabe der Kartoffelwirtschaft. Der Wirtschaftsausschuß des Reichstages nahm den Zwangstransport an, wonach bei Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln eine Reichsreserve von 2 Millionen Zentnern geschaffen werden soll. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen angenommen. Abgelehnt wurden Anträge der Unabhängigen und der Sozialdemokraten, die den Kartoffelpreis auf 15, resp. 20 Mark für den Zentner herabsetzen wollten. Die Regierung soll dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft vorlegen, über den dann der Reichstag für Volkswirtschaft Mitte August zu beschließen haben wird.

Rundschau im Auslande.

— Die österreichische Gewerkschaftskommission hat an die gewerkschaftliche Internationale in Amsterdam einen Appell gerichtet, mit der Bitte, ihr in der äußerst schwierigen Lage, in welcher sich das Volk Österreichs befindet, beizustehen.

— Eine Pariser Depesche kündigt eine bevorstehende Zusammenkunft Giolittis mit Millerand in Savoyen an.

— Lord George hat es angeblich abgelehnt, die russischen Handelsdelegierten Kamenev und Krassin zu empfangen, so lange der Waffenstillstand von den Bolschewisten nicht unterschrieben ist.

— Die griechischen Truppen haben ganz Thessalien bis zur Schtaliadja-Linie besetzt.

— Nach einer Meldung der „Times“ will Wilson zur Konferenz in London, die wegen des Friedens mit Polen stattfinden soll, einen Vertreter entsenden.

— Die abgesetzte kaiserliche Familie von China hat der japanischen Regierung mitgeteilt, daß der vormalsige Kaiser von China bereit sei, den Thron von neuem zu besteigen.

Schweiz: Der internationale Bergarbeiterkongress.

— Der internationale Bergarbeiterkongress wurde am Montag vormittag in Genf durch den englischen Bergarbeiterführer Smillie eröffnet. In einer Ansprache sagte er, der internationale Bergarbeiterkongress müsse sich heute nicht nur grundsätzlich gegen jeden Krieg aussprechen, sondern die Verhinderung eines solchen durch die organisierte Arbeiterschaft ins Auge fassen; er solle sich im Falle eines Krieges grundsätzlich für den internationalen Streik aussprechen. Smillie teilte weiter mit, daß er vor dem Ausbruch des Weltkrieges mit dem Sekretär des internationalen Kongresses eine Aktion unternommen habe, welche Verhinderung eines internationalen Bergarbeiterstreiks, aber diese Aktion sei, davon geschwiegen, daß die Telegramme zu ihrem Bestimmungsort nicht erreicht hätten. (M. Smillie)

— Deutschland und Rußland. Bisher hat, wie Reichsaussenminister Dr. Simons im Reichstag erklärte, die deutsche Regierung noch keine Einladung zu der Konferenz in London erhalten. Er würde es für bedauerlich halten, wenn die Ostfragen ohne Hinzuziehung Deutschlands geregelt würden. Jeder mit Rußland noch mit einem der Randstaaten haben wir juristische Verträge. Alle Verträge, die bestanden haben, sind aufgehoben. Mit Sowjetrußland können wir jeden Vertrag schließen, den wir wollen. Er würde sich aber nicht auf Verträge mit Sowjetrußland einlassen, wenn er nicht die Gewissheit habe, daß Sowjetrußland bereit ist, die Verträge der Entente gegenüber durchzuführen. Was die Rede Churchills anbelangt, so ist der Minister der Meinung, daß die Zeit noch nicht da ist, wo wir uns danach richten sollen, in den Völkerverbund aufgenommen zu werden. Es müsse noch manches anders werden. Wir dürfen uns nicht als Bundesknechte für augenblickliche militärische Ziele anderer gebrauchen lassen.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

8) (Nachdruck verboten.)

Als sie in den Salon trat, war dort bereits ein Herr anwesend, der in der neuesten Morgenzeitung blätterte. Herr Bollhört war es nicht, also konnte es nur ein Hotelgast sein.

„Guten Morgen,“ „Guten Mlmer“, sagte da schon der frühere Besucher. „Sie erkennen mich nicht? Nun, so kann ich unbeforgt sein, daß mir jemand mißtraut.“ „Verzeihen Sie“, stotterte Bizzie Mlmer unwillkürlich, „aber ich habe nicht die Ehre, Sie zu kennen.“ Der Fremde lachte. „Also wirklich nicht? Nun, ich bin Ihr Vertreter in diesen Räumen, glauben Sie es mir.“

„Sie wären Herr Kri...“ wollte sie ungläubig sagen, aber er unterbrach sie schon. „Bitte keinen Namen zu nennen, die Wände könnten auch hier Ohren haben. Daß ich heute eine andere Physiognomie habe, darf Sie nicht irritieren, das Maskentragen bringt mein Beruf nun einmal mit sich.“

Jetzt endlich erkannte sie ihn an der Stimme und reichte ihm zur Begrüßung die Hand. „Nun muß ich es wohl glauben, daß Sie es sind, aber wenn Sie es nicht selbst gesagt hätten, ich würde es nicht geglaubt haben. Gestern waren Sie blond wie ich, bartlos...“

„Und heute bin ich ein Schwarzkopf mit Schnurbart und braun gebrannt, wie ein Erntemäher. Das sind Menzgerlichkeiten, die ebenso leicht zu entfernen sind, wie sie hergestellt werden. Es könnte doch sein, daß mich jemand hier in meiner Amtstätigkeit gesehen hätte, und mich wieder erkennt, und dieser Möglichkeit muß ich vorbeugen. Deshalb bitte ich Sie nochmals, mich nicht mit meinem Namen anzureden, und da die Gäste glauben müssen, daß ich ein Angestellter des Hotels bin, wird es wohl am besten sein, wenn Sie mich mit meinem Vornamen Fritz anreden, falls Sie mir irgend eine Befehlsung zu erteilen haben sollten. Wollten Sie die Gäste haben, dies zu beachten?“

Sie lächelte. Die Maskerade, die einem so ernsten, dienstlichen und amtlichen Zwecke diente, machte ihr

Spaß. „Gewiß.“ Und um sich einzunehmen, sagte sie sofort: „Also kommen Sie, bitte, Fritz. Ich will Ihnen alles Nähere mitteilen.“

Das war bald geschehen. Und als gleich nachher Gäste kamen und verschiedene Wünsche ankerten, bewegte sich der neue Vertreter bereits so sicher, als habe er sein ganzes bisheriges Leben in einem Hotel ersten Ranges zugebracht.

Als sie wieder allein waren, scherzte Fräulein Bizzie: „O weh, nun habe ich bei meinem Papa verspielt. Ich spreche nur französisch und englisch, und Sie beherrschen auch die russische Sprache. Lassen Sie auf, Papa wird Sie bald fragen, ob Sie nicht in der Eisernen Krone bleiben wollen.“

Er ging auf ihren Ton ein. Dem wachsam und schärfsinnigen Beamten, dem seine Tätigkeit so viel Schwere und Ernstes zeigte, machte es Vergnügen, mit dem frohen jungen Mädchen zu plaudern, dem das Leben bisher nur von seiner heitersten Seite erschienen war und das ihm ganz augenscheinlich großes Vertrauen, ja Sympathie entgegenbrachte.

„Warum sollte ich es nicht überlegen, ob ich nicht einen solchen Vorschlag annehmen könnte, wenn er mir gemacht würde? Oder glauben Sie, mein Amt sei so anziehend, daß ich es nicht mit einer anderen Tätigkeit vertauschen möchte?“

Sie nickte eifrig. „Ja, das glaube ich, Sie haben eine große Macht in Händen. Und es muß doch sehr interessant sein, den Spuren eines Verbrechens zu folgen und ihn zu entlarven, damit er der Gerechtigkeit überliefert werden kann. Das gibt Ruhm und Ehre. Das liest man ja immer in den Detektiv-Romanen. Ich bin überzeugt, in zwei oder drei Tagen haben Sie auch hier bei uns die Person ertwischt, die Sie suchen.“

Er war sehr ernst geworden. „Mein verehrtes Fräulein! Das Publikum, das unsere Tätigkeit nach seiner Romanlektüre beurteilt, denkt, wir seien Herrenmeister, wir könnten zum mindesten das Gras wachsen hören. Ach nein, so ist das nicht. Der Herr Polizeidirektor hat es gestern schon Ihrem Herrn Vater gesagt, die Roman-Detektive würden wohl meist versagen, wenn sie sich mit den Aufgaben des tatsächlichen Lebens ab-

finden sollten. Wir können uns alle irren, und der beste Bundesgenosse der Spitzhaken wäre die Gerechtigkeit der sie verfolgenden Beamten, daß ihrer Schamhaftkeit kein Verbrecher entgehen könnte. Darum halte ich mich nur an meine gesunden Augen und Ohren, und überlasse es anderen, Wunder zu vollbringen. Ich hoffe, ich werde dadurch auch hier mein Ziel erreichen. Im übrigen dürfen Sie nicht denken, daß die Verbrecherjagd etwas so unbeschreiblich reizvolles an sich hat. Es ist auch unendlich viel Trauriges dabei. Die Verantwortung, einem Unschuldigen zu nahe zu treten, ist riesengroß, und kein gewöhnlicher Polizeibeamter wird sie so vergessen. Ich bin in diese Laufbahn eingetreten, die mir die Zufriedenheit meiner Vorgesetzten und auch Erfolge gebracht hat. Aber das Gefühl, du darfst einem Schuldlosen nicht zu nahe treten, bin ich nie los geworden. Könnte ich nach meinen Reizungen leben, so sagte ich heute lieber wie morgen meinem Dienste Lebewohl und ging auf das Land zurück, von dem ich komme. Ich bin ein Lehrersohn vom Dorfe und möchte heute noch, ich könnte einmal als selbständiger Landwirt mein Leben beschließen.“

Seine weiche und lebenswürdige Stimme war kräftiger und energischer geworden, man hörte es ihm an, daß das, was er zum Ausdruck brachte, ihm Herzenssache war. Jetzt änderte er seinen Tonfall und kehrte zu seiner natürlichen Sprechweise zurück, indem er fortfuhr:

„Aber verzeihen Sie mir, liebes Fräulein, daß ich, ein ganz Fremder, Ihnen das alles erzähle, das für Sie doch nur ein geringes Interesse haben kann. Sie sind ein geborenes Großstadtkind und haben für das Dorfleben kaum ein besonderes Verständnis, da Sie wohl immer hier in Ihrem Vaterhause mit seinen großen Bestrebungen und reichen Abwechslungen gelebt haben. Wer nicht ein Kind auf dem Lande gewesen ist, der wird nie sich in das Dorfleben so recht hineinfinden, daß er sagen kann, da bin ich zu Hause!“

(Fortsetzung folgt.)

ansprüche erhalten die Vertreter der einzelnen Länder ihren Bericht. Die Belgier und Franzosen halten unter gewissen Bedingungen an der achtstündigen Arbeitszeit fest. Der englische Bericht erwartet einen Fortschritt in der Lage der Bergwerke und der Bergarbeiter durch Verstaatlichung und Ausschließung der privatkapitalistischen Betriebe. Die deutschen Bergarbeiter fordern, daß die technischen Vorarbeiten für die Sechstundenschicht getroffen werden. Ferner soll sich die deutsche Regierung mit den Regierungen der anderen Staaten verständigen über die internationale Einführung der Sechstundenschicht.

England: Auch England bewilligt den Kohlenkredit.
Das Unterhaus hat einstimmig den Kredit für die nominelle Summe bewilligt, welche durch die in Spaa getroffenen finanziellen Abmachungen vorgesehen ist. Lloyd George sagte, das Abkommen von Spaa bedeute keine Veränderung der Politik, sondern sei die Politik des Versäufers. Der Vorschlag, der Deutschland von den Wiedergutmachungsleistungen gewährt werde, entspreche den Vertragsbestimmungen.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Der Reichstag hat die Entwaffnungsfrage in zweiter Lesung angenommen.

Die Terroristen in Bittau haben die Einsetzung einer Militärregierung beschlossen. Reichswehr ist im Anmarsch.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat die unverzügliche Aufhebung der Zwangswirtschaft für Karbolsäure beschlossen.

Vertreter der deutschen Sozialisten in Genf haben das deutsche Schuldverhältnis gebilligt.

Die englische Regierung hat den Kohlenkredit bewilligt.

Die Russen stehen etwa 120 Kilometer vor Warschau, Lomsk und Brest-Litowsk sind genommen.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 3. August 1920.

Einwohnerwehr und „Selbstschutz“.

Wie üblich an jedem Dienstag und Freitag sind heute zunächst eine Reihe kleiner Anfragen zu erledigen. Besonders Interesse verdient eine Anfrage der Unabhängigen über die Beseitigung der Berliner Einwohnerwehr, die sich neuerdings in Berliner Selbstschutz umgetauft und umorganisiert habe. Hierzu erklärte Reichsminister Koch, die Einwohnerwehr Berlin sei seit dem 10. April aufgelöst. Ihre gesamten Waffendepots sind der Sicherheitswehr übergeben. Ein Teil ist noch in den Händen der einzelnen Mitglieder. Die Bildung des Selbstschutzes wird vom Polizeipräsidenten aufmerksam verfolgt. Die Bestrebungen und Satzungen dieser Organisation unterliegen zurzeit eingehender Prüfung. Eine Anerkennung ist nicht erfolgt. Erst nach der Annahme des Entwaffnungsgesetzes wird die Einziehung der Waffen durch das Reich möglich sein.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung der Verordnung über Wohnpändungen. Der Entwurf hat doppelte Bedeutung im Hinblick auf die Verteuerung der Lebensverhältnisse. Die der Pändung nicht unterworfenen Summe wird danach für Verheiratete auf 5000 Mark und für Ledige auf 4000 Mark festgesetzt. Der Entwurf wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zweite Lesung des Entwaffnungsgesetzes.

Der Ausschuss hat die Bestimmung eingefügt, daß für die Abkürzung rechtmäßig erworbener Waffen Entschädigung zu leisten ist. Die Reichswehr soll vom Reichskommissar zur Hilfestellung nur herangezogen werden, wenn die polizeilichen Maßnahmen zur Durchführung der Waffenabkürzung nicht ausreichen. Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten und mit dem 1. März 1921 außer Kraft gesetzt werden.

Abg. Lübbring (Soz.): Wir wollen an der Durchführung des Gesetzes mitarbeiten, aber verhindern, daß es zu einem Ausnahmegegesetz gegen die Arbeiterschaft wird.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Das Gesetz ist für uns unannehmbar, weil es sich gegen die Arbeiter richtet.

Reichsminister des Innern Koch: Die Vorgänge in Bittau beweisen, daß auch auf der linken Seite Waffen vorhanden sind. Die Reichswehr soll nur da einschreiten, wo alle anderen Machtmittel versagen.

Abg. Hoffmann-Ludwigshafen (Ztr.): Der Bericht des Brief- und Telephongeheimnisses, die darin besteht, daß der Reichskommissar ermächtigt wird, zur Durchführung der Entwaffnungsaktion gegebenenfalls Brief- und Telephonverkehr zu überwachen, stimmen wir nicht zu.

Abg. v. Gaffow (Dnat.): Den Behauptungen der Unabhängigen, die Arbeiterschaft verfüge nicht mehr über Waffen, haben wir allen Grund zu misstrauen.

In der Einzelberatung wird ein Antrag der Demokraten und der Deutschen Volkspartei angenommen, wonach dem Reichskommissar ein parlamentarischer Beirat von 15 Personen zugeteilt wird. Das Einverständnis des Beirats ist zu grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen. Im § 7 war dem Reichskommissar das Recht zugesprochen, gegebenenfalls auch das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis aufzuheben. Diese Vollmacht wird wieder gestrichen.

Schließlich wird das Gesetz mit diesen Änderungen in zweiter Lesung angenommen. In die dritte Lesung kam infolge des Widerspruchs der Unabhängigen nicht eingetretten werden.

Darauf wird der Rothausakt nach längerer Debatte über die Ostjudenfrage und die Schulpolitik in dritter Lesung angenommen.

Sport und Verkehr.

× **Deutsche Großfunkstationen.** Neben den zahlreichen Funkstellen für den Inlandverkehr bestehen in Deutschland drei Großfunkstationen (Mauen, Gilsdorf und Königs-Wusterhausen) für den Auslands- und Überseeverkehr. Die Großstation Mauen, die ein Gelände von insgesamt 300 Hektar bedeckt, ist die größte im Betrieb befindliche Funkstation der Erde. Ihre Leistungsfähigkeit ist so groß, daß sie mit den entferntesten Punkten der Erde — z. B. Australien und Südamerika (20 000 Kilometer Entfernung) — in Funktelegraphische Verbindung treten kann. Die drei

genannten Großstationen verfügen zusammen über sechs Groß-Sendeanlagen, deren technische Einrichtungen infolge Fehlens genügend zahlreicher und leistungsfähiger Gegenstationen im Auslande noch längst nicht voll ausgenutzt werden können und im Falle einer Erweiterung der ausländischen Funknetze und des Baues entsprechender Auslandsstationen noch auf lange Zeit hinaus auch einem wesentlichen Wirtschftsverkehr gewachsen sein werden.

Aus Stadt und Land.

× **Hausdurchsuchungen durch Ententeoffiziere.** Letzte Woche drangen zwei englische Offiziere in Begleitung eines deutschen Marineoffiziers in das Haus eines bekannten Berliner Juweliers in Berlin-Dahlem ein, angeblich um die Villa nach Kriegsmaterial zu durchsuchen. In dem Hause waren früher Waffen der Einwohnerwehr aufbewahrt, die aber inzwischen ordnungsgemäß gegen Quittung abgeliefert worden waren. Diese Quittung genügt aber den Offizieren nicht. Sie zwangen den Eigentümer, die genaue Untersuchung zu gestatten. Der deutsche Offizier gab an, es handle sich um Mitglieder einer Entente-Kommission, die auch in Fabriken nach Kriegsmaterial forschte und dessen Herstellung beaufsichtige. Das Betroffene hat durch seinen Rechtsanwalt Schritte unternommen, um den Fall zur Kenntnis der Behörden zu bringen. Man wird wohl eine unangenehme Überraschung der Regierung zu diesem ungeschicklichen Vorfall erwarten dürfen.

× **Der Geheimhandel mit unbefestigten Zigaretten** hat in einzelnen Städten Westdeutschlands einen derartigen Umfang angenommen, daß viele Millionen Mark dem Reiche dadurch verloren gehen. Zwischen Kassenkassen-Nachschüssen der Bewohner einzelner Ortschaften fast ausschließlich von diesem lichteigen Handel. In Menden bis zu 200 Personen überschreiten die Schmuggler die Grenze, wobei es häufig zu schweren Kämpfen zwischen den Schmugglern und den deutschen Zollbeamten kommt. Die Beamten sind jedoch meist machtlos. Eine Vermehrung der Grenzpolizei ist gegenwärtig unmöglich, da die Grenzbevölkerung die Abgabe von Wohnungen und den Verkauf von Lebensmitteln energisch ablehnt. Gegenwärtig finden Verhandlungen statt, wie dem Schmuggel gesteuert und eine ausreichende Bewachung der Grenzen gesichert werden kann.

× **Kartoffelkrawalle in der Pfalz.** Ueber die folgenschweren Kartoffelkrawalle in der Pfalz wird noch gemeldet, daß durch Aufkäufer, darunter auch amtliche Stellen, die Kartoffelpreise die Bucherhöhe auf 60 Mark erreicht haben. Als Beauftragte des Bucheramts Zweibrücken nach dem Orte Krähenberg entsandt wurden, kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Dorfbewohner empfingen die Kontrollleute mit Senen und Mistgabeln, schlugen sie nieder und verletzten sie schwer. Eine große Anzahl der an den Zusammenstößen beteiligten Dorfbewohner wurde inzwischen verhaftet. Wegen Lebensmittelmisbrauch wird sich auch der Bürgermeister von Krähenberg zu verantworten haben.

× **Keine deutschen Lieder am deutschen Rhein.** Die Interalliierte Rheinlandkommission hat verboten, daß auf den Rheindampfern deutsche nationale Lieder gesungen werden. Sie hat dem deutschen Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in einem offiziellen Schreiben mitgeteilt, daß „Rundgebungen“ auf den Rheindampfern, die geeignet sind, als gegen die alliierten Armeen oder als gegen Angehörige der Besatzungsmächte gerichtet aufgeführt zu werden, unbedingt verboten sind und streng bestraft werden.

× **Vorposten ohne Licht.** Vorposten mit den zahlreichen Offizieren an der pommerschen Küste ist ohne elektrisches Licht und Kraft. Dienstag morgen sind sämtliche Beamte und Arbeiter der Ueberlandzentrale Straßund in den Streik getreten, weil der Aufsichtsrat der Ueberlandzentrale die Lohnforderungen abgelehnt hat. Da die Angestellten der Betriebsabteilung Schweinmünde durch Tarifvertrag mit den Straßunder Angestellten verbunden sind, hat auch der Streik nach Schweinmünde übergegriffen. Durch den Streik werden bei der jetzigen Hochflut besonders die Wälder Geringsdorf, Albed, Schweinmünde usw. in Mitleidenschaft gezogen. In Schweinmünde ist außerdem die Arbeiterschaft der Wasserwerke in den Sympathiestreik eingetreten, so daß Schweinmünde jetzt auch ohne Wasser ist.

× **Schiffrettung durch Funkentelegraphie.** Wieder einmal hat die Funkentelegraphie ihre große Bedeutung für die Seeschifffahrt als Retterin von Schiffen in Not erwiesen. Kürzlich lief der amerikanische Dampfer „Kerowee“ bei Rotesand auf eine Sandbank und wurde dabei schwer beschädigt. Bei dem herrschenden dichten Nebel war Gefahr, daß das Schiff mit der ganzen Besatzung und der wertvollen Ladung verloren ging. Es gelang aber, mittels der an Bord vorhandenen Funkentelegrapheneinrichtung auf dem Wege über die der Funkentelegrapheneinrichtung unterstellten Küstenfunkstellen Norddeich und Cuxhaven und über die Marinefunkstelle in Wilhelmshaven mehrere Torpedoboote und Schlepper herbeizurufen. Diese nahmen die Besatzung des Dampfers an Bord und schleppten dann den Dampfer nach Hamburg, wo er sofort ins Dock gehen mußte.

× **Gewalttätigen demonstrierender Arbeiter.** Mehrfach wie vor einigen Tagen in den Hölzern Farberwerken, ist es am Montag in den Mierwerken Meyer in Frankfurt a. M. zu schweren Demonstrationen gekommen. Es handelte sich auch hier hauptsächlich um Uebernahme der Feuerabzüge durch die Firma und um die Arbeitszeit. Die Arbeiter drangen in das Direktionsgebäude und nötigten den Generaldirektor Stüberling zu Zugeständnissen. Mehrere Arbeiter schlugen den Direktor zu Boden, wodurch er einen leichten Schädelbruch und Quetschungen davontrug. Die Protokuristen Grotz und Wilhelm Meyer, die den Generaldirektor zu Boden verfrachten, wurden gleichfalls verletzt. Viele Einrichtungsgegenstände wurden zerstört, zahlreiche Scheiben eingeschlagen. Ein Teil der Arbeiter suchte erfolglos die Angegriffenen zu schützen.

× **Entnahme eines Werbers für die Fremdenlegion.** Ein Werber für die Fremdenlegion wurde in Frankfurt am Main in der Person des Privatdetektivs Kurt Stiller aus Dresden festgenommen. Er wurde dabei betroffen, als er einen Bekannten zum Eintritt in die Fremdenlegion bewegen wollte. Stiller gab offen zu, daß er während seines Aufenthaltes in Frankfurt an etwa zehn Personen herantreten sei, um diese für die Fremdenlegion zu interessieren.

× **Neue Marken im Memelgebiet.** Seit dem ersten August werden im Memelgebiet neben den bisher üblichen französischen Marken mit dem Aufdruck „Memel“ auch deutsche Wertzeichen mit dem Aufdruck „Memelgebiet“ ausgegeben. Diese sind aber nach Anordnung des Gouverneurs nur innerhalb des Memelgebietes und im Verkehr mit dem Deutschen Reich zu benutzen.

Volkswirtschaftliches.

× **Berlin, 3. August. (Börse.)** Auf dem Montagsaktienmarkt kam es heute mehrfach zu wesentlichen Preissteigerungen, auf den übrigen Gebieten hielt sich der Geschäftsverkehr angesichts der bedrohlichen Vorgänge im Osten und der neuen im ostfälischen Industriegebiet ausgebrochenen Unruhen in engen Grenzen. Sparprämienanleihe 409 auf 89 Prozent an. Die ausländischen Zahlungsmittel lagen etwas fester. Für ein Zwanzigmarkstück in Gold wurden etwa 185 Mark angelegt.

× **Berlin, 3. August. (Barenmarkt.)** Fliegenfisch und Rostfisch 8-9, Maschinenfisch 6,50-7,50, Widen und Beluschen 80-95, Aderbohnen 105-115, Viktorienbohnen 140-180, kleine Erbsen 100-130, Lupinen gelb 60-75, blau 40-50, Ceradella 40-50, Spörgel 90-100, Hahnel 12-13, Bienenhonig alt 25-26, neu 17-19, Feldheu 24-26, Rieseheu 26-29 ab Station für 50 Kilo.

Lokales.

× **Keine Änderung des Aufnahmengesetzes.** Es scheint das Gerücht über eine Abänderung des Aufnahmengesetzes wegen der Vorschriften über die Passsteuer verbreitet zu sein. Das Gerücht entbehrt jeder Begründung. Der Reichstag hat sich in diesen Tagen lediglich mit einem Initiativantrag auf Abänderung der Vorschriften über die Besteuerung der bildenden Künste beschäftigt. Im übrigen bleibt es bei den bestehenden Vorschriften und Bestimmungen über die Passsteuer. Auf die Verpflichtung, spätestens bis zum 15. August 1920 die erste Aufnahmeverklärung für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1920 abzugeben, wird nochmals hingewiesen.

× **Ueberführung von Kriegerleichen.** Das Zentral-Nachweis-Amt für Kriegerverluste und Kriegergräber, Berlin NW, Dorotheenstr. 48, gibt folgende für häufigsten Gesuche im Ueberführung der irdischen Reste gefallener deutscher Soldaten aus dem Auslande in die Heimat bekannt:

Die deutsche Regierung würdigt durchaus die Gefühle der Pietät, die zahlreiche Angehörige von Kriegesgefallenen den Wunsch hegen lassen, ihre teuren Toten in heimischer Erde bestattet zu sehen. Mit Rücksicht auf die noch immer bestehenden außerordentlichen Verhältnisse der Lebensverhältnisse, den Mangel an Material für die Zinkfärge, die infolge des niedrigen Standes unseres Geldes unverhältnismäßig hohen Kosten und damit verbundenen starken Geldabfluss in das Ausland, sowie aus sozialen Gründen und wegen der bisher ablehnenden Haltung der früher feindlichen Regierungen ist sie jedoch bis auf weiteres nicht in der Lage, solchen Anträgen stattzugeben. Auch können Ausnahmen nicht zugelassen werden. Das Gleiche gilt von der Ueberführung von Kriegerleichen aus Deutschland in das Ausland.

Jede Änderung dieser Entsch.

Öffentlich bekannt gegeben in

Wetterbericht.

5.—6. Nachts Tau und Nebel, darauf vorheischend sonnig und warm, stichweise Gewitter, Wind leicht.
7.—8. Fröh Tau darauf sonnig und sehr warm, nachmittags Gewitter und Regen, leicht (Wind schwach)

* Auch ein Jubiläum. Morgen Freitag, den 6. August sind es 50 Jahre, daß die glorreiche Schlacht bei Worth geschlagen wurde. Aus unserem Orte war Herr Friedrich Bierbauer, Schwarzgasse 2 wohnhaft, da an beteiligt und wurde dort verwundet.

* Französische Einquartierung soll auch unser Ort demnächst wieder erhalten, angeblich zu Wanderversuchen.

* Das Kirchenkonzert das nächsten Sonntag nachmittags 4 Uhr in der Vierstädter Kirche stattfindet, wo spricht jenseitigen Genuß. Herr Musikdirektor Pfaff aus Freiburg ist in der Musikwelt als Konzertsänger, Komponist und Dirigent bekannt, sein: Gattin und Schillerin durch ihre wunderbare Mezzosopranstimme und ihre große Gesangkunst. Die Herren Au und Pfaff und Wilhelm Heuß sind, wie bekannt, in Wiesbaden mit Erfolg tätig. Es kommen Kompositionen für Orgel, Violoncello und Gesang von Bach, Händel, Beethoven, Johann Kienzl, Otto Dorn, Hugo Wolf und Heinrich Pfaff zu Gehör. Der Besuch dieser Konzerte in allen Kreisen des ersten klassischen Musik zu empfehlen und ein volles Haus den Konzertscheidenden ihres ersten Strebens wegen zu wünschen. Um jedermann den Besuch zu ermöglichen in der Eintritt auf nur 2 Mk. festgesetzt. Kartenverkauf im Zigarrengeschäft L. Scheuer, Langgasse, und Sonntag an der Kasse.

* Die Bekanntmachungen in heutiger Nummer mit dem Tage der Ausfertigung vom 31. Juli bis 8. August gingen uns, er heute früh an.

× **Gemeindeverwaltung.** Am Dienstag Abend wurde zu Beginn der Gemeindeverwaltung das neue Mitglied, Herr Postschaffner Armin Bauer in sein Amt eingeführt und auf Händschlag verpflichtet. Punkt 2 Antrag des Dr. Voltentz hier um Erhöhung der Gebühr für Unternehmung von Erwerbslosen. Es wurde dem Antrag entsprochen und die Unternehmung in der Sprechstunde auf 4 Mk., im Hause des Patienten auf 6 Mk. festgesetzt. 3. Änderung der Liegegebührenordnung. Es wurde beschlossen, für jede Liegeung den Betrag von 1 Mk. festzusetzen. 4. Abänderung der Begräbnis-Gebührenordnung. Für das Ausheben und Schließen eines Grabes bei Verstorbener unter 16 Jahren 8 Mk. über 16 Jahren 16 Mk. Leichenwagen 1. Klasse 30 Mk. 2. Gl. 15 Mk. Für 2. Beileitungschaftsleute müssen 20 Mk. für 4 Leute 40 Mk. bezahlt werden. Der Preis für eigene Grabplätze wurde auf 200 Mk. für Einheimische und auf 400 Mk. für

Auswärtige festgesetzt. Für Gruften ist der Preis pro Quadratmeter 70 M. für Einheimische und 140 M. für Auswärtige. Für Ausgaben von Leichen werden 100 M., mindestens jedoch die tatsächlich entstandenen Kosten verlangt. Für Abholen von Leichen durch den Leichenwagen werden für die ersten 5 km. gefordert bei 2 Pferden a km 5 M. bei 1 Pferd 4 M. jeder weitere km. kostet 2 M. bezw. 1.50 M. Ferner wurde vorgelesen, daß bei Wiederbelegung eines Friedhofes, die Angehörigen Verstorbener das Grab auf die Dauer dieser Wiederbelegung erhalten können gegen Zahlung von 100 M. per Grab. Kleinere Regulierungen innerhalb der Reihenordnung müssen natürlich respektiert werden. 5. Abänderung der Ordnung über die Erwerbslosenfürsorge. Rückwirkend vom 20. April 1920 ab werden die Vergütungssätze wie folgt festgesetzt. Für Bierstadt ist Ortsklasse B maßgebend. Männliche Erwerbslose über 21 Jahre per Tag 7.50 M. Wenn dieselben im Haushalt einer anderen Person leben 6.25 M. Unter 21 Jahren 4.50 M. Für weibliche Personen gelten als entsprechend. Sätze: 5.25, 4.25, 3.50 M. 6. Genehmigung des Pachtvertrags zwischen der Gemeinde Bierstadt und dem Steinhauermeister Philipp Gudek hier. Die Gemeinde überläßt dem Pächter ein Wegstück von etwa 6 Akuten zum Pachtpreis von 3 M. jährlich. Die Nutzung des Bierbaumes verbleibt der Gemeinde. 7. Genehmigung zur Ausführung des Kostenanschlags über den Ausbau der Straße vor dem Neubau Dicksäuser. Die genannte Straße hat eine Länge von 65 m auf die Gemeinde Bierstadt entfällt als Vorlage etwa 1/2 der Kosten, während Herr Dicksäuser etwa 1/2 zu tragen hat. Die Gesamtkosten der anzulegenden Straße belaufen sich auf 54000 M. Wasser und Gas sind bereits angelegt und haben circa 12000 M. Kosten verursacht. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit nochmals an die Bezirkskommission zu verweisen, welche mit Herrn Dicksäuser verhandeln soll. Es ist in Aussicht genommen die Arbeiten durch Notstandsarbeiter auszuführen. 8. Antrag der vereinigten Fuhrwerksbesitzer um Erhöhung des Fuhrlohes für das Anfahren von Steinen aus dem Steinbruch Rassel. Die Steine waren vereinbart zu 65 M. pro Kubikmeter. Nun sind etwa 50 kbm. kleinere Steine zu fahren, deren Auf- und Abladen schwieriger ist als bei größeren Stücken. Der Gemeinderat hatte vorgeschlagen den Preis hierfür auf 70 M. zu erhöhen. Herr Schüller betonte, daß der Fuhrlohn im Vorjahre noch 25 M. gekostet hätte und daß daher der jetzige Preis ein hoher sei. Vonseiten der Landwirte wurde auf die enormen Preissteigerungen der Wagner und Schmiede hingewiesen sowie auf die sehr hohen Betriebskosten im Fuhrwerksunternehmen. Der Antrag wurde abgelehnt. 9. Antrag der Anstalt Bethel um Bewilligung eines Beitrags. Es wurden 10 M. aus der Gemeindefasse bewilligt. Bei der lehrir stattgehabten Neuregelung der Beamteneinschätzung wurden die beiden Nachwächter übersehen. Ihr Gehalt wurde nachträglich auf 3000 M. festgesetzt. Die Wohnungskommission ist zurückgetreten, und der Haus- und Grundbesitzerverein, sowie der Mieterschutzverein hatten nach Aufforderung je 4 Mitglieder zu Wahl einer neuen Kommission in Vorschlag gebracht. Ersterer Verein empfahl die Herren: Karl Nehrting-Wilhelm Schreiner, Ludwig Wellenbach, Maurermeister und Armin Bauer, der Mieterschutzverein die Herren Heinrich Hahn, August Fraund, Dr. Roenthal, und Maurer Heinz. Schuhmacher. Herr v. d. Ropp schlug vom Haus- und Grundbesitzerverein die Herren Ludwig Wellenbach und Armin Bauer vor, während vom Mieterschutzverein die Herren Heinrich Hahn und August Fraund vorgeschlagen wurden. Der Haus- und Grundbesitzerverein hatte in seinem Schreiben ganz besonderen Wert darauf gelegt, die beiden erstgenannten Herren zur Wahl zu empfehlen. Gewählt wurden die Herren Wellenbach, Bauer, Heinrich Hahn und Fraund. Herr E. Schmidt fragte an, wie es mit der Schuldeputation stehe. Herr Bürgermeister teilte mit, daß die Angelegenheit in die nächste Sitzung komme. Es wurde jedoch gewünscht über diese Angelegenheit heute zu verhandeln. Es wurde demgemäß beschlossen in die neue Schuldeputation 3 Mitglieder des Gemeindevorstandes 3 Mitglieder der Gemeindevertretung und 3 Mitglieder von Erziehungs- und Volksschulkindern, Personen zu wählen. Die vor Wochen stattgehabte Wahl war nämlich verfehlt und eine Wahl kann erst stattfinden, wenn die Regierung ihre Zustimmung zur hütigen Eingabe gegeben haben wird. Höchstwahrscheinlich aber wird man an den Personen, die damals gewählt worden sind, festhalten. Herr Schüller fragte an wie es mit der Kartoffelbelieferung für den Herbst stehe. Herr Nitzel antwortete, daß die Spätkartoffeln wahrscheinlich freigegeben werden. Er konnte mitteilen, daß es die Absicht der hiesigen Landwirte sei, zunächst die Einwohnerschaft von Bierstadt mit Kartoffeln zu beliefern, ehe Kartoffeln nach außerhalb verbracht werden. Der Preis der Pflichtlieferung sei auf 31.50 M. per Zentner festgesetzt. Ob nun die Gemeinde selbst, oder Verkaufsstellen größere Quantitäten einzuvierteln wollen für die Leute, die nicht einvierteln, muß durch die Gemeinde geregelt werden. Weiter wurde angefragt durch Herrn Börner wie es komme, daß man hier nur 5 Pfund Kartoffeln wöchentlich erhalte, während in Erbenheim und Rimbach 7 Pfd. ausgegeben werden. Der Bürgermeister sagte zu wenn größere Mengen erhältlich sind, daß ebenfalls 7 Pfd. verausgabt werden sollen. Gegen 12 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Bekanntmachungen.

Am Freitag den 6. ds. Mts. werden im Rathaus (Zimmer 6) die Fleischkarten für den Monat August verausgabt.

Die hiesige Gemeinde hat 17 Stück Betten an minderbemittelte Personen abzugeben.

Diesigen Personen, welche auf diese Betten reflektieren, wollen sich innerhalb 2 Tagen auf der Bürgermeisterei hier selbst melden.

Mit dem Reinigen der Schornsteine wird morgen begonnen.

Die Erzeuger von Brotgetreide werden hiermit aufgefordert sofort mit dem Ausdruck der Ernte für die Ausfüllung der Bestände zur Kreisversorgung zu beginnen.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß das Aehrenlesen verboten ist.

Das Feldschutzpersonal ist angewiesen jede Zuwiderhandlung zur Anzeige zu bringen.

Betr. Brennstoff.

Die Gewerbetreibenden erhalten auf Folge 5 — soweit diese nicht bereits mit Rots beliefert ist — bei Erneuerung am Freitag die ihnen zustehende Menge Brennstoff zum Preise von 16.50 M. der Zentner.

Die hiesigen Briefaubenzüchter werden ersucht, sich bis spätestens den 10. August dieses Jahres, zwecks Eintragung in eine Liste auf hiesigen Bürgermeisterei, Zimmer 7, zu melden. Die Anmeldung geschieht zum Schutze der Tauben.

Die Verordnung betr. Verbrauchs- u. Mohnvorschriften für Selbstversorger und sonstige Besitzer von Getreide vom 15. Juli 1920., sowie die Verordnung über Ausdruck der Ernte 1920. vom 26. Juli 1920 ist zu jedermanns Einsicht auf der Bürgermeisterei hieselbst ausgehängt, was ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis bringe.

Bierstadt, den 5. August 1920.

Der Bürgermeister Hofmann.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters erheischt Mitglied des Mieterschutzvereins Bierstadt zu sein.



Sportklub Athletia Bierstadt Begr. 1904.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Verein zur Erinnerung an das 16 jährige

Stiftungsfest am Sonntag den 8. August nachmittags 2 Uhr an der Schule Adlerstraße ein Vereinsbild machen will lassen. Wir bitten daher sämtliche Mitglieder sich daran zu beteiligen. Die Aktiven werden gebeten, welche die Gruppenführungen mit gestellt haben in weißen Hosen zu erscheinen. Um pünktliches und vollständiges Erscheinen wird dringend gebeten.

Der Vorstand.



Freie Turnerschaft Bierstadt

(Mitglied des Arbeiter-Turner- und Sport-Bundes).

Heute Abend 8 Uhr findet eine Sitzung des

Vorstandes und Vergütungs-Ausschusses bei Turnen. Karl Gardt, Adlerstr. 3 statt. Da wir am Sonntag einen Ausflug in den Saalbau zur „Rose“, Kloppenheim unternehmen, ist vollständiges Erscheinen erforderlich.

Der Vorsitzende.

Kerwe-Gesellschaft-Bierstadt.

Am Samstag den 7. August abends 9 Uhr im Vereinslokal „zum Rebenstod“

Hauptversammlung

Wegen dringender und wichtiger Tagesordnung bittet um vollständiges Erscheinen.

Der Vorstand.



Radfahr-Club Bierstadt 1900

Eingetr. Verein.

Freitag den 6. August

Außerordentliche Generalversammlung

Um pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten.

Der Vorstand.

Gewerbeverein Bierstadt.

Auf Veranlassung des Zentralvorstandes des Gewerbevereins für Nassau veranstaltet der hiesige Lokalgewerbeverein am nächsten Samstag den 7. August abends 8 Uhr im „Gasthaus zum Taunus“ einen Vortrag. Herr Dr. Görke von der Steuerberatungsstelle der Handelskammer Wiesbaden hat sich bereit erklärt über das sehr zeitgemäße Thema „das Reichsnutzen“ zu sprechen. Da das Gesetz über das Reichsnutzen sowohl für das Handwerk wie auch für alle anderen Berufe von größter Wichtigkeit ist, über deren Bedeutung in fast allen einschlägigen Kreisen noch vielfach Unklarheit herrscht, so hoffen wir durch diese Veranstaltung dem dringenden Wunsche vieler zu entsprechen. Aus diesem Grunde beschränkt sich der Vortrag nicht nur auf unsere Vereinsmitglieder. Vielmehr sind alle Berufsstände zu demselben aufs freundlichste eingeladen.

Der Vorstand: J. A. Rupp, Vorsitzender.

Internationaler Bund aller Kriegsoffer Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen

Ortsgruppe Bierstadt.

Samstag den 7. August, abends 8 Uhr.

Große öffentliche Versammlung

im „Rebenstod“, Rathausstr. Referent: Gaukelreiter W. Schulze, Frankfurt a/M. Thema: Da neue Mannschaftsversorgungsgesetz. Wie sehen die neuen Renten der Kriegsoffer aus? Kriegsbeschädigten Rente, Hinterbliebenenrente, Kriegselternrente, Abfindung, Nachzahlung der Rente ab 1. April, Abfindung der Wittiven bei Wiederverheiratung. Zu recht zahlreichen Besuch ladet ein

Der Vorstand.



Turnverein Bierstadt

Eingetragener Verein.

Heute Abend nach der Turnstunde Sitzung d. Vergütungs-Ausschusses

Der Vorsitzende.

Säcke

für Frucht und Kartoffeln aus La. Zuteilungen empfiehlt Aug. Herborn, Bierst. Langg. 48. Wegen rechtzeitiger Lieferung werden Bestellungen baldigst erbeten. Muster und Preise sind bei mir einzusehen.

Email. Kessel

(1. Wette 0,68 m.) 1 mal gebraucht 1 p. Arbeitsschnecken (Größe 41 zu verkaufen. Bierst., Wilhelmstraße 5. Kaufe dauernd

Apfel

zu höchstem Tagespreis Friedrich „zum Varen.“

50 Mf. Belohnung

Demjenigen, der mir die Verhältnismäßig macht welche mir in Kartoffeln im Distrikt Döhlen morgen gestohlen hat, daß ich dieselbe zur Anzeige bringen kann. L. Denf.

Bohnen-

schneidmaschinen

in großer Auswahl. Schärfe von Bohnenschneidmaschinen innerhalb eines Tages. G. Eberhardt, Wiesbaden, Messerschmied, Langgasse 46.

Für die vielen Glückwünsche und Gratulationen anlässlich unserer Hochzeit sprechen wir auf diesem Wege allen Verwandten u. Bekannten unseren herzlichsten Dank

aus
Heinrich Hofmann und Frau
geb. Möbus.

Holländer Kartoffeln

einige Zentner, auf den Transport leicht beschädigt zu

40-60 Mf. per Zentner

abzugeben.

Kirchner, Wiesbaden, Rheingauerstraße No. 2.

Täglich Zufuhr frischer

Bühler Zwetschen

Verkauft nur an Wiederverkäufer

Fr. Seip, und Dienstbier, Wiesbaden,

Lager und Laden Göbenstr. 32. Büro:

Kasse: Friedrich-Ring 78. Telefon 6439.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585
8 kar. Gold 333 gestempelt von 30,- an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70
gegenüber Marktplatz
Wiesbaden.

Herren-Sohlen . . . 34.- Mf.

Damen-Sohlen . . . 27.- Mf.

Prima Arbeit, garantiert Reinsleder.

Schuhmacherei Simon,

Wiesbaden, Römerberg 39. 1. Stock, Ecke Röderstraße.

Mainz Nur kurze Zeit!

Schöfferhof, Schusterstr. 18/20

Volks-Museum

Der Mensch

Hammers anatomische Original-Ausstellung

Täglich geöffnet für Damen und Herren über 18 Jahre, von morgens 10-8 Uhr abends.

Eintritt 2 Mark.

Führer 50 Pfg., illustriert Mk. 1.-.

Letzte Woche

Schluss am 8. August, abends 8 Uhr.